

## Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage

### Parlamentarische Initiative 23.462 Grossen Jürg «Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten»

Stellungnahme eingereicht durch:

- |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Kanton<br><input type="checkbox"/> In der Bundesversammlung vertretene politische Partei<br><input type="checkbox"/> Gesamtschweizerischer Dachverband der Gemeinden, Städte und Berggebiete<br><input type="checkbox"/> Gesamtschweizerischer Dachverband der Wirtschaft<br><input checked="" type="checkbox"/> Weitere interessierte Organisation<br><input type="checkbox"/> Nicht offiziell angeschriebene Organisation / Privatperson |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

**Absenderin oder Absender:**

Suissedigital Verband für Kommunikationsnetze, Waaghaus-Passage 8, CH-3011 Bern  
(stefan.flueck@suissedigital.ch)

**Wichtig:**

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als Dokument im Word- und PDF-Format bis 16. Dezember 2025 an folgende E-Mail-Adresse: [wp-sekretariat@seco.admin.ch](mailto:wp-sekretariat@seco.admin.ch). Die Veröffentlichung der Stellungnahmen erfolgt im PDF-Format.

## 1. Einschränkung des Unternehmenszwecks

- 1.1 Unterstützen Sie grundsätzlich die Präzisierung bzw. die engere Formulierung des Unternehmenszwecks der Post (Art. 3 VE-POG) oder teilen Sie den Antrag der Minderheit (Ausweitung des Unternehmenszwecks hin zu einem digitalen Service public)?

☒ Vorlage der Mehrheit ☐ Minderheit ☐ Keine Angabe

Begründung (optional):

Wir befürworten grundsätzlich eine präzisere Umschreibung resp. Einengung des Unternehmenszwecks der Post, damit gesetzlich klar geregelt ist, in welchen Geschäftsbereichen ausserhalb von Grundversorgung und Monopol das staatliche Unternehmen tätig sein darf. Die Position der Minderheit dazu lehnen wir ab, da diese die Rahmenbedingungen für selbstgewählte Tätigkeiten und Dienste eher erweitern würde als umgekehrt.

Bereits die von der Mehrheit vorgeschlagene Formulierung (Art. 3 Abs. 1 Bst. a<sup>bis</sup> VE-POG) umfasst auch Leistungen, die durch private Akteure erbracht werden könnten, was aber angesichts der Bedeutung dieser im erläuternden Bericht umschriebenen „vertrauensbasierten digitalen Infrastrukturen“ (Bsp. E-Health und E-Voting) und deren Betrieb durch die Post als sinnvoll erscheint. Wir gehen davon aus, dass die Post in der Bevölkerung nach wie vor grosses Vertrauen geniesst und die genannten Bereiche eine hohe Regulierungsdichte aufweisen. Digitale Dienstleistungen, wie sie heute bereits durch die Post in Ergänzung der Beförderung von Briefen/Paketen angeboten werden und alternative Zustellformen abdecken, sind durch die von der Mehrheit der WAK-N vorgeschlagene Schärfung des Unternehmenszwecks nicht in Frage gestellt. Sie sollen weiterhin möglich sein. Der Post jedoch eine undefinierte und offene Rolle



im Rahmen der allgemeinen Bestrebungen «zur Umsetzung der 'Strategie Digitale Schweiz' und zur Stärkung der digitalen Souveränität der Schweiz» zuzuteilen, wie dies von der Minderheit mit den vorgeschlagenen Ergänzungen gewünscht wird, erachten wir als nicht zielführend.

1.2 Unterstützen Sie Art. 3 Abs. 1 Bst. *a<sup>bis</sup>* VE-POG?

- ☒ Ja  
☐ Nein, die Post sollte weniger digitale Dienstleistungen erbringen dürfen.  
☐ Nein, die Post sollte weitere digitale Dienstleistungen erbringen dürfen.  
☐ Keine Angabe

Begründung (optional):

Vgl. oben, wir unterstützen den Vorschlag der Mehrheit und lehnen den Vorschlag der Minderheit klar ab.

1.3 Haben Sie Bemerkungen zu diesem Teil der Vorlage?

Keine Bemerkungen.

**2. Einführung eines individuellen Rechtsschutzes**

2.1 Unterstützen Sie grundsätzlich die Einführung eines individuellen Rechtsschutzes zur Überprüfung der Zweckkonformität von Tätigkeiten der Post (Art. 3 Abs. 5 VE-POG)?

- ☒ Ja ☐ Nein ☐ Keine Angabe

Begründung (optional):

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

2.2 Haben Sie allgemeine Bemerkungen zu diesem Teil der Vorlage?

Keine Bemerkungen.

2.3 Welche im erläuternden Bericht erwähnten Aspekte scheinen Ihnen bei der Regelung des Verfahrens zur Überprüfung der Zweckkonformität wichtig zu sein?

	Wichtig	Wenig wichtig	Keine Angabe
Einschränkung der Beschwerdelegitimation (z.B. nur direkte Wettbewerber)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Möglichkeit der Vorprüfung von Akquisitionen und neuen Geschäftsfeldern auf ihre Zweckkonformität	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Massnahmen zur Erhöhung der Rechtssicherheit für die Post (z.B. kurze Fristen, Einschränkung der Beschwerdegründe, etc.)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



Einschränkung der Zuständigkeit der PostCom (z.B. bei Finanzdienstleistungen)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bindungswirkung gerichtlicher Entscheide für gleichgelagerte Sachverhalte	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Spezifische Regeln zur Rückwirkung des Rechtsschutzes auf bestehende Tätigkeiten/Beteiligungen der Post (Grundsatz der Rechtssicherheit und Vertrauensschutz)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Detailliertere Regeln zu den Folgen von PostCom-Entscheiden	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Andere: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2.4 Haben Sie weitere Bemerkungen oder Anregungen zu einzelnen der obigen Aspekte?

Keine Bemerkungen.

### 3. Verschärfung des Quersubventionierungsverbots

9.1 Unterstützen Sie grundsätzlich die Verschärfung des Quersubventionierungsverbots für die Post (Art. 19 VE-PG) oder teilen Sie den Antrag der Minderheit (Abmilderung des Quersubventionierungsverbots durch Aufnahme eines dritten Kriteriums)?

☒ Vorlage der Mehrheit

☐ Minderheit

☐ Keine Angabe

Begründung (optional):

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

9.2 Haben Sie Bemerkungen zu diesem Teil der Vorlage?

Keine Bemerkungen.